Bundesgesetz über die Krankenversicherung

(KVG)

(Steuerung des ambulanten Bereichs)

Änderung vom ...

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...¹,

beschliesst:

I

Das Bundesgesetz vom 18. März 1994² über die Krankenversicherung wird wie folgt geändert:

Art. 39 Abs. 1^{bis}

^{1bis} Die Leistungsaufträge nach Absatz 1 Buchstabe e müssen auch die Tätigkeit der Spitäler im ambulanten Bereich regeln.

Gliederungstitel nach Art. 40

Abschnitt 1a Massnahmen bei Über- oder Unterversorgung im ambulanten Bereich

Art. 40a Massnahmen bei Überversorgung

¹ Ein Kanton kann bei einer Überversorgung im ambulanten Bereich im gesamten Kantonsgebiet oder einem Teil davon die Zulassung zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für Leistungserbringer nach den Artikeln 36, 37 und 38 sowie für Ärzte und Ärztinnen, die in einer Einrichtung nach Artikel 36a tätig sind, beschränken. In einem solchen Fall obliegt es dem Kanton, die Zulassungen zu erteilen.

² Er kann die Zulassungen an Bedingungen knüpfen. Er kann namentlich den Tätigkeitsumfang der betroffenen Personen begrenzen, wenn eine Zulassung auf mehrere Personen desselben Fachgebiets oder verwandter Fachgebiete aufgeteilt wird.

³ Beim Zulassungsentscheid oder bei Übertragung der Zulassung setzt er eine Frist von mindestens sechs Monaten, während der der Leistungserbringer von der Zulassung Gebrauch machen muss. Auf Verlangen kann diese Frist verlängert werden.

⁴ Er kann die Zulassung für einen Leistungserbringer einschränken oder ihm diese entziehen, wenn dessen Tätigkeit in Bezug auf die Leistungen nach diesem Gesetz

¹ ...

² SR 832.10

deutlich vom in der Zulassung vereinbarten Tätigkeitsumfang, dem festgelegten Fachgebiet oder von anderen in der Zulassung festgelegten Bedingungen abweicht.

⁵ Das Recht zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der bereits vor der Zulassungsbeschränkung zugelassenen Leistungserbringer bleibt vorbehalten.

Art. 40b Massnahmen bei Unterversorgung

¹ Ein Kanton kann bei einer Unterversorgung im ambulanten Bereich im gesamten Kantonsgebiet oder einem Teil davon die Leistungserbringer nach den Artikeln 36, 37 und 38 sowie die Ärzte und Ärztinnen, die in einer Einrichtung nach Artikel 36a tätig sind, durch geeignete Massnahmen unterstützen.

² Er kann die Unterstützungsmassnahmen an Bedingungen knüpfen.

Art. 40c Umsetzung der Massnahmen

¹ Der Bundesrat legt die Kriterien zur Beurteilung der Angemessenheit der Versorgung im ambulanten Bereich fest.

² Der Kanton beurteilt die Angemessenheit der Versorgung im ambulanten Bereich nach Region, Kategorie von Leistungserbringern und medizinischem Fachgebiet. Er berücksichtigt dabei die Tätigkeit der Spitäler im ambulanten Bereich.

³ Die Kantone koordinieren die Beurteilung der Angemessenheit der Versorgung.

⁴ Bevor der Kanton eine Massnahme nach den Artikeln 40a oder 40b trifft, konsultiert er eine von ihm eingesetzte Kommission. Die Kommission setzt sich namentlich aus Vertretungen der Versicherten, der Leistungserbringer und der Versicherer zusammen. Sie nimmt Stellung zur Angemessenheit der Versorgung und gibt eine Empfehlung zu den allfällig erforderlichen Massnahmen ab. Weicht der Kanton von der Empfehlung der Kommission ab, so muss er dies begründen.

⁵ Die Kantone, die Leistungserbringer und deren Verbände sowie die Versicherer und deren Verbände liefern kostenlos die Daten, die zur Beurteilung der Angemessenheit der Versorgung und zur Umsetzung der Massnahmen nach den Artikeln 40a und 40b erforderlich sind. Der Bundesrat kann die Einzelheiten regeln.

Art. 53 Abs. 1 und 2 Bst. e

¹ Gegen Beschlüsse der Kantonsregierungen nach den Artikeln 39, 40a, 40b, 45, 46 Absatz 4, 47, 48 Absätze 1–3, 51, 54 und 55 kann beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde geführt werden.

² Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach dem Verwaltungsgerichtsgesetz vom 17. Juni 2005 und dem Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (VwVG). Vorbehalten bleiben folgende Ausnahmen:

- e. In Beschwerdeverfahren gegen Beschlüsse nach den Artikeln 39, 40a und 40b ist die Rüge der Unangemessenheit unzulässig.

Art. 55b Tarifsenkung bei überdurchschnittlicher Kostenentwicklung

¹ Steigen die durchschnittlichen Kosten je versicherte Person in einem ambulanten Sektor eines Kantons während eines Kalenderjahres (Referenzjahr) um mehr als zwei Prozentpunkte stärker als die durchschnittlichen gesamtschweizerischen Kosten je versicherte Person in diesem Sektor, so kann der Bundesrat durch eine Verordnung die nach Artikel 46 Absatz 4 genehmigten oder nach Artikel 47 festgesetzten Tarife dieses Kantons um höchstens 10 Prozent senken.

² Er befristet die Geltungsdauer der Verordnung über die Tarifsenkung auf höchstens ein Jahr. Er kann mehrmals die Verordnung um höchstens ein Jahr verlängern, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 1 im Kalenderjahr, das auf das Referenzjahr folgt, weiterhin erfüllt sind.

³ Vor dem Erlass oder der Verlängerung der Verordnung hört er den betreffenden Kanton an und berücksichtigt das kantonale Kostenniveau sowie besondere Umstände, namentlich die Umsetzung von Artikel 40a und die Verschiebung von Behandlungen zwischen dem stationären und dem ambulanten Bereich.

⁴ Im Falle einer Tarifsenkung aufgrund des vorliegenden Artikels ist Artikel 55 nicht anwendbar.

II

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

...

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Didier Burkhalter

Die Bundeskanzlerin: Corina Casanova